



Presseinformation

München, den 27. Oktober 2021

Familienunternehmen bei Pensionsrückstellungen im Zangengriff Neue Zinsvorgaben dringend erforderlich

Die Familienunternehmen in Deutschland brauchen andere Rechnungszinsen für die Bildung von Pensionsrückstellungen. Der seit Jahrzehnten geltende Zinssatz von 6 Prozent im Steuerrecht sollte auf ein marktkonformes Niveau gesenkt werden. Für die Handelsbilanz wäre ein fester Zinskorridor empfehlenswert. Das ist das Ergebnis der Studie der Stiftung Familienunternehmen, verfasst vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW).

Rückstellungen steigen stärker als die Bilanzsumme

Während die künftigen Koalitionspartner in Berlin über die Sicherung der Rente diskutieren, sind die Risiken für den Fortbestand der betrieblichen Altersvorsorge aus dem Blick geraten. Die derzeit niedrigen Zinsen beeinflussen die sogenannte „Direktzusage“, bei der Unternehmen selbst Rückstellungen bilden, um für ihre Mitarbeiter eine Betriebsrente im Alter zu garantieren. Rund 100.000 Unternehmen in Deutschland tun das.

Weil diese zukünftige Zahlung mit einem immer niedrigeren Zins auf die Gegenwart heruntergerechnet werden muss, steigt die heute aus dem Unternehmensgewinn dafür zu bildende Rückstellung (der Barwert) immens an – über die Jahre deutlich stärker als die Bilanzsumme. Für die Hälfte der Unternehmen sind die Pensionsrückstellungen je Mitarbeiter von 2009 bis 2019 um 42 Prozent gestiegen, schreibt das IW.

Zudem müssen Gewinne versteuert werden, die gar nicht erzielt worden sind. Denn für die Steuerbilanz gelten viel höhere Rechnungszinsen als für die Handelsbilanz nach Handelsgesetzbuch (HGB) – nach wie vor alleinige Basis für die Rechnungslegung fast aller Familienunternehmen.

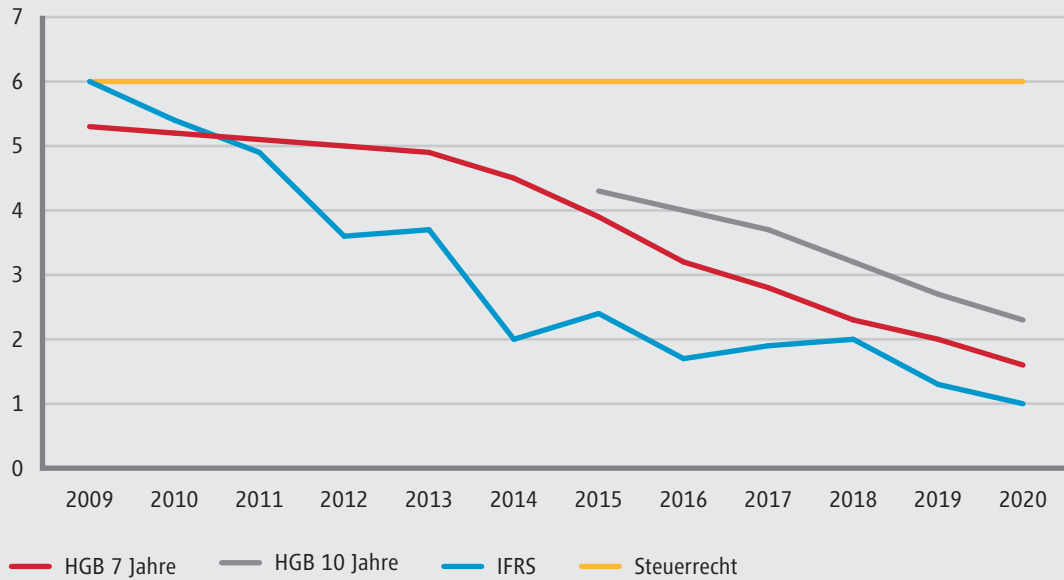
Schwächung des Eigenkapitals

„Die Familienunternehmen legen immer schon Wert auf eine hohe Eigenkapitalquote“, sagt Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. „Sie empfinden es als unverständlich und widersprüchlich, wenn Rechnungszinsen übermäßige Rückstellungen erzwingen, Gewinne drücken und das Eigenkapital schwächen. Gänzlich absurd wird es, wenn sie die nicht erzielten Gewinne auch noch versteuern müssen.“

Die Direktzusage war noch bis zur Finanzkrise das wichtigste Instrument der betrieblichen Altersvorsorge und hat laut IW eine hohe Relevanz als dritte Säule neben gesetzlicher Rente und privater Vorsorge. Doch für die Unternehmen werde sie immer unattraktiver. Sie bräuchten gerade jetzt Eigenkapital und Liquidität als Spielraum für Investitionen.



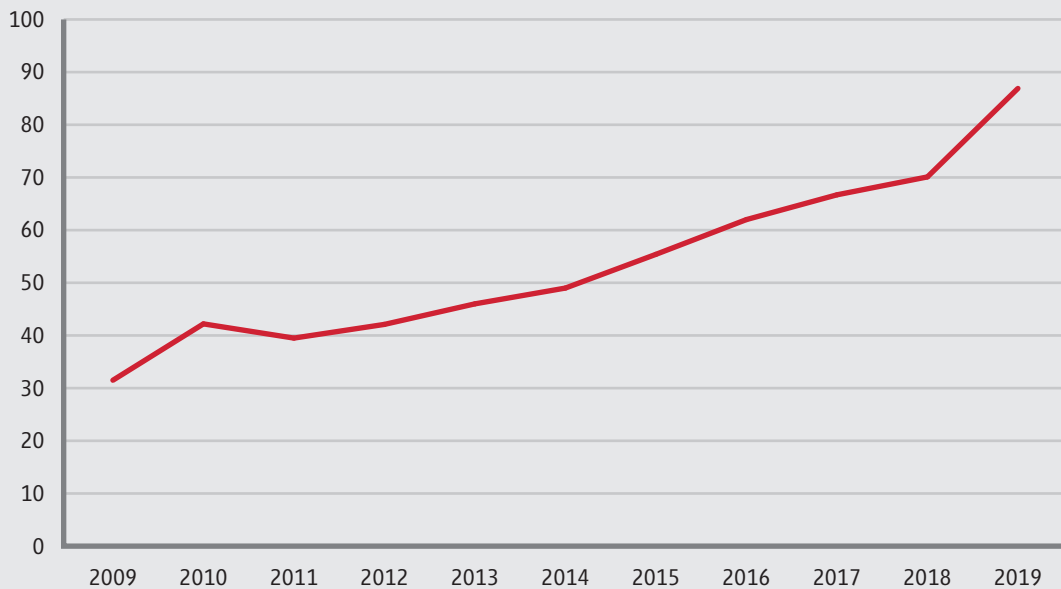
Rechnungszinssätze im Vergleich in Prozent



Quellen: Deutsche Bundesbank, 2021; Mercer, 2021.

© Stiftung Familienunternehmen

Durchschnittliche Pensionsrückstellungen je Mitarbeiter in TEUR



Quellen: dafne; eigene Berechnungen.

© Stiftung Familienunternehmen

Die gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen** setzt sich für den Erhalt der Familienunternehmenslandschaft ein. Sie ist der bedeutendste Förderer wissenschaftlicher Forschung auf diesem Feld und Ansprechpartner für Politik und Medien in wirtschaftspolitischen, rechtlichen und steuerlichen Fragestellungen. Die 2002 gegründete Stiftung wird mittlerweile getragen von über 500 Firmen aus dem Kreis größerer deutscher Familienunternehmen.



» **Download der Abbildungen**

» **Download Studie „Pensionsrückstellungen im Niedrigzinsumfeld“**

Weitere Informationen:

Cornelia Knust

Leitung Kommunikation

Stiftung Familienunternehmen

Prinzregentenstraße 50

D-80538 München

Tel.: +49 (0) 89 / 12 76 400 06

Fax: +49 (0) 89 / 12 76 400 089

Mobil: +49 (0) 172 / 702 36 89

knust@familienunternehmen.de

www.familienunternehmen.de

 [@StiftungFamUnt](https://twitter.com/StiftungFamUnt)

 [Erklär-Videos](#)